

die pro-indonesischen Gruppen auch von Beamten der indonesischen Regierung massiv unterstützt. Das Komitee für freie und faire Wahlen in Ost-Timor hat jedenfalls den Vorwurf erhoben, daß indonesische Regierungsbeamte Mittel des sozialen Sicherheitsfonds für die Unterstützung von pro-indonesischen Gruppen einsetzten, um so das Ergebnis des Referendums zu beeinflussen. Es wird eine Summe von über fünf Millionen US-Dollar genannt, die aus dem Sozialfonds genommen für die Pro-Indonesien-Gruppen eingesetzt werden sollen.

Nachdem sich Vertreter der pro-indonesischen Gruppierungen mit Vertretern der Unabhängigkeit bzw. Autonomie Ost-Timors in der Nähe von Dili erstmals im September 1998 getroffen hatten, um Möglichkeiten des Dialogs und der fairen Auseinandersetzung im Vorfeld des Referendums auszuloten, kam es vom 25.–28. Juni 1999 zu einem weiteren Treffen, das in Jakarta abgehalten wurde, um die Teilnahme von *Jose Alexandre Gusmao* sicherzustellen, der in Jakarta im „Hausarrest“ gehalten wird. Der Tagungsort Jakarta ermöglichte es auch, daß *Ramos Horta*, mit Bischof Belo Träger des Friedensnobelpreises 1996, dabei sein konnte. Erstmals wurde Horta, der seit der Besetzung Ost-Timors durch Indonesien in Australien im Exil lebt, ein auf die Tagungsstätte beschränktes Einreisevisum erteilt.

An diesem Treffen von 60 politischen Führern aus beiden Lagern nahmen auch die Bischöfe Belo und Nascimento teil,

um deutlich zu machen, wie sehr die katholische Kirche Ost-Timors an einer friedlichen Abstimmung ohne Gewalt interessiert ist. Gusmao unterstrich, daß das Zustandekommen dieser Begegnung schon ein Erfolg darstelle und deutlich mache, daß für den Erhalt des Friedens gemeinsame Gespräche und Abkommen unumgänglich seien. *Francisco Lopez da Cruz*, Führer der für den Verbleib bei Indonesien eintretenden Gruppe, äußerte sich ähnlich. Auch wenn diese Begegnung außer der Absichtserklärung, sich gemeinsam für die Vermeidung von Gewalt einzusetzen und das Ergebnis des Referendums anzuerkennen, keine konkreten politischen Ergebnisse hatte, so eröffnet sie vielleicht doch eine Möglichkeit, nach dem Referendum gemeinsame Gespräche über die Zukunft Ost-Timors weiterzuführen.

Angesichts der bisherigen Entwicklung und der zunehmenden Gewalt gegen die Befürworter der Unabhängigkeit bzw. einer Autonomie Ost-Timors mehren sich die Stimmen, die die Abhaltung eines regulären und freien Referendums auch mit einer Verschiebung um zwei Wochen bis Ende August als nicht länger realistisch ansehen. Die Vereinten Nationen haben eingewilligt, daß sie nur Beobachter nach Ost-Timor schicken und daß die Aufrechterhaltung der Ordnung der indonesischen Polizei, d. h. konkret Mitgliedern des indonesischen Militärs übertragen wird. Die Bevölkerung Ost-Timors hat nicht vergessen, wer sie in den letzten 25 Jahren drangsaliert und unterdrückt hat.

Georg Evers

„Jenseits von Staat und Markt“

Ein Gespräch mit dem Politologen Warnfried Dettling

Stolz schaut die Bundesrepublik an ihrem 50. Geburtstag auf eine beispiellose Erfolgsgeschichte zurück. Das deutsche Modell verband wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit. In zentralen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft kommt es nun aber zu fundamentalen Veränderungen. Über die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft und den Aufbau einer bürgerschaftlichen Kultur in Deutschland sprachen wir mit dem Politologen und Publizisten Warnfried Dettling. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Dr. Dettling, zum 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik ist die Stimmung von einer eigentümlichen Spannung geprägt: Auf der einen Seite schauen die Deutschen mit Stolz und Zufriedenheit auf ihr Modell Deutschland, auf die Erfolgsgeschichte des „Rheinischen Kapitalismus“. Auf der anderen Seite spürt man Ängstlichkeit und Sorge, geht es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und besonders um die des deutschen Wohlfahrtsstaates. Wie berechtigt sind diese Ängste?

Dettling: Das Stimmungsbild Deutschlands ist in der Tat ambivalent bis widersprüchlich. Einerseits wissen wir genau, daß sich Grundsätzliches ändert und weitaus mehr ansteht als nur der Umzug der Regierung nach Berlin. Die alte Bonner Republik geht zu Ende und wir konnten mit ihr sehr zufrieden sein. Die letzten fünfzig Jahre waren eine Ausnahmezeit in der deutschen Geschichte. Was aber die neue Berliner Republik mit sich bringt, weiß keiner so richtig. Das gilt auch für die heute handelnden Politiker. Die Kohl-Schröder-Ge-

neration, Jahrgang 1930 bis 1950, ist ja schon in eine aufblühende Wirtschaft, in den sich etablierenden Sozialstaat und in eine außenpolitisch alles in allem kommode, friedliche Situation hineingewachsen. Alle spüren nun, daß die künftigen Zeiten rauher werden. Wenn die Deutschen wählen könnten, würden sie wohl wollen, daß alles bleibt, wie es ist.

HK: *Die Hauptsorge gilt dem internationalen Wettbewerb, dem auch politische und soziale Ordnungen künftig immer mehr ausgesetzt sein werden. Wochenlang stand auf deutschen Bestsellerlisten ganz oben ein Buch mit dem bezeichnenden Titel: „Die Globalisierungsfalle. Angriff auf Demokratie und Wohlstand.“ Eine übertriebene oder gar falsche Fixierung?*

Dettling: Es sind drei große irreversible Entwicklungsprozesse, die derzeit ablaufen, neben der Globalisierung die Digitalisierung als technologischer Fortschritt sowie die Individualisierung im Sinne der Differenzierung von Lebensstilen und Lebenslagen. Folge der Globalisierung wird sein, daß der Reichtum nicht nur zwischen Gesellschaften, sondern auch in diesen neu verteilt wird. Es entstehen Reichtumsinseln im Süden der Erde und Armutinseln im Norden. Von der Globalisierung profitiert, wer sich auf die neue Lage einstellen kann und wer das, was er tut, besser kann als die anderen. Mit der Digitalisierung verändert sich der Umfang der vorhandenen Arbeit. Bei immer geringerem Arbeitsvolumen werden immer mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt, und auch die Qualität der verbleibenden Arbeit ändert sich. Sie wird anspruchsvoller und erfordert höheres Wissen.

„Das Modell der Lebensstreppe hat seine Plausibilität verloren“

HK: *Sind damit die Wachstumsprozesse, die den Erfolg der Bundesrepublik getragen und ausgemacht haben, an ihr Ende gekommen?*

Dettling: Nein, aber es finden fundamentale Veränderungen in zentralen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft statt. An zwei Beispielen wird dies besonders anschaulich: Grundsätzlich wird man in Zukunft immer weniger Menschen zur Herstellung traditioneller Güter und technischer Dienstleistungen brauchen. Der Bedarf an personenbezogenen, sozialen Dienstleistungen jedoch steigt, weil diese nicht oder nur beschränkt rationalisiert werden können. Einen weiteren Gesichtspunkt der dramatischen Veränderungen hat jüngst der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber in Abwandlung eines bekannten deutschen Sprichwortes auf den einfachen Nenner gebracht: Wir alle werden nie mehr Hans, sondern bleiben immer Hänschen. Bislang hat man sich in der Jugend ein Wissensgepäck angeeignet, das für den Rest des Lebens gereicht hat. Die Jugend war die Ausbildungs-

phase, als Erwachsener arbeitete man und die Alten ruhten sich aus. Dieses Modell der Lebensstreppe aber hat seine Plausibilität verloren. Das heißt, daß unser ganzes Bildungssystem neu organisiert, das Bildungswesen zu einem Teil zumindest von der Jugendphase entkoppelt werden muß.

HK: *Das Modell Deutschland, die soziale Marktwirtschaft, zeichnete sich dadurch aus, daß sie höchst effizient wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Ausgleich zu verbinden wußte. Wie lassen sich trotz Globalisierung und Individualisierung sozialer Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit bewahren?*

Dettling: Es ist derzeit die alles entscheidende Frage, ob unsere Gesellschaft die Kraft aufbringt, die notwendigen Umverteilungsprozesse einzuleiten, nicht nur zwischen verschiedenen Gruppen, sondern auch zwischen den einzelnen Lebensphasen. Der Reichtum, der in einem Teil unserer Ökonomie erwirtschaftet wird, muß auch auf die Familien, auf junge und alte Menschen verteilt werden. Die schwarze Utopie dieser Veränderungsprozesse ist ja nicht, daß es Arme und Reiche gibt oder gesellschaftliche Klüfte und Unterschiede wachsen, sondern daß die Gewinner dieser Entwicklung einfach gar keine Notiz mehr von den Verlierern nehmen, diese einfach von der Tafel gewischt werden.

HK: *Inwieweit befinden wir uns damit nicht nur in einer ökonomischen, sondern auch in einer geistigen und kulturellen Umbruchsituation? Sind nicht Standortkrise und Krise des Sozialstaates auch mit einer Orientierungskrise verbunden? Trägt das alte Fundament der sozialen Marktwirtschaft die notwendigen Umverteilungsprozesse noch?*

Dettling: Die geistigen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft lassen sich in drei einfachen Sätzen beschreiben. Die erste Prämisse ist, daß, wer einen Erwerbsarbeitsplatz sucht, auch einen bekommt. Dieser bildet das Fundament für einen gewissen Lebensstandard und soziale Absicherung, zugleich verleiht er Selbstwertgefühl und integriert in die Gesellschaft. Erwerbsarbeit ist ein Integrations- und kein Ausschließungsmodus. Für jeden, der nicht oder nicht mehr arbeiten kann, sichert der Sozialstaat, dies ist der zweite Grundsatz, den Lebensstandard. Die dritte Prämisse wurde nie direkt thematisiert und ist doch ganz entscheidend, daß nämlich die bürgerliche Familie Geborgenheit, Sicherheit und Akzeptanz gewährleistet, jenseits von Leistung und Versagen, jenseits vom wirtschaftlichen Erfolg.

HK: *Offenkundig haben diese Prämissen ihre Plausibilität verloren. Stehen aber neue Perspektiven und Leitbilder zur Verfügung?*

Dettling: Die Regierung Schröder spricht im Kontext ihres Sparkonzepts vom „aktivierenden“ Staat, versucht damit die Versprechen des Staates auf eine Grundsicherung zu redu-

zieren und fordert deutlich die Eigenvorsorge des einzelnen Bürgers ein. Dies ist ein Anfang auf der Suche nach solchen neuen Leitbildern. Der Staat bleibt unverzichtbar für die Gewährleistung der Verteilungsgerechtigkeit. Neue Wege aber müssen gefunden werden für das, was eine von der Bischofskonferenz beauftragte Expertengruppe in einer Ende letzten Jahres veröffentlichten Erklärung Beteiligungs-gerechtigkeit nennt, die Gewährleistung also von Partizipation am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Und es gilt zu überlegen, was passieren muß, daß Familie wieder wahrscheinlicher wird, damit Menschen verantwortliche Beziehungen eingehen und Kinder haben, Beziehungs- und Kinderwünsche auch realisiert werden. Was in der Vergangenheit selbstverständlich war, muß neu geschaffen werden.

HK: *Als vor diesem Hintergrund die beiden großen Kirchen in Deutschland in ihrem gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwort die öffentliche Diskussion über einen neuen Gesellschaftsvertrag einforderten, fanden sie viel Beifall. Brauchen wir tatsächlich eine grundlegende Neuverständigung über grundlegende Ziele unserer Gesellschaft?*

Dettling: Ja, weil die traditionellen Grundlagen unseres bisherigen gesellschaftlichen Erfolges nicht mehr tragen. Wir haben in der Vergangenheit drei Wertziele gleichzeitig erreicht: Politische Demokratie, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand sowie sozialen Zusammenhalt und Sicherheit. Diese drei Wertziele ließen sich im Grunde genommen nur im europäischen und ganz besonders im deutschen Modell verbinden. Soll unter den Bedingungen von Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung wirtschaftliche Dynamik und sozialer Zusammenhalt kombiniert werden, muß man völlig neu darüber nachdenken, wie Menschen sich integrieren lassen, die scheinbar von einer globalisierten Gesellschaft nicht gebraucht werden.

„Bislang dominierten, grob gesprochen, nur zwei Ordnungsbilder: Staat oder Markt“

HK: *Auch wenn die Krise des Sozialstaates in aller Munde ist und die Globalisierung, fast schon ein Mythos, die Schlagzeilen beherrscht – in weiten Teilen der Gesellschaft scheint die Dramatik dieser Umbruchsituation kaum präsent zu sein. Ist die Hoffnung auf sanfte Anpassungsprozesse naiv?*

Dettling: Vielleicht sollte man diese Phase mit der Reformation vergleichen: Vor der Reformation galt „extra ecclesiam nulla salus“. Es gab eine Organisation, die Ordnung, Sicherheit verhielt, Sinn in das Leben des einzelnen wie der Gesellschaft brachte, die Kirche. In den letzten hundert und vor allem den letzten fünfzig Jahren haben wir gewissermaßen im Staat diese einzige Ordnungsinstanz gesehen, die Geborgen-

heit, Orientierung und sozialen Zusammenhalt stiftet. Von der Vorstellung von einem Staat, der für alle und alles sorgt, müssen wir uns aber jetzt verabschieden.

HK: *Für die, die mit dem Schlachtruf Globalisierung gegen ein zu sattes und behäbiges Deutschland zu Felde ziehen, scheint es – um im Bild zu bleiben – nun außerhalb des Marktes kein Heil mehr zu geben...*

Dettling: Grob gesprochen, dominierten zwischen 1950 und heute immer zwei Ordnungsbilder, die nach innen wie nach außen stimmig waren: Markt und/oder Staat. Im Kalten Krieg hatten wir den Sozialismus und den Kapitalismus, die autoritär-totalitären und die demokratischen Systeme. Bis in die jüngste Gegenwart ging es in der politischen Auseinandersetzung so immer um mehr oder weniger Staat und um mehr oder weniger Markt.

HK: *Um diesem ordnungspolitischen Dualismus zu entkommen, propagieren Sie das Konzept der „Bürgergesellschaft“. Wie kann dieses die auf Staat und/oder Markt verengte Perspektive weiten? Was ist das Neue daran?*

Dettling: Das Konzept der Bürgergesellschaft greift zurück auf die Anfänge des politischen Denkens bei den Griechen, bei Aristoteles. Den Ausgangspunkt bildet ein bestimmtes

Menschenbild, der Mensch als eigenverantwortliches und auf Gemeinschaft hin angelegtes, einzigartiges Wesen. Um ein gutes und gelingendes Leben führen zu können, braucht er Freunde, Beziehungen, eine politische Ordnung, in der die „res publicae“, die öffentlichen und gemeinschaftliche Dinge, eine Wirtschaftsordnung, in der der ökonomische Austausch geregelt werden. Am Anfang des politischen Konzeptes stehen weder der Staat noch die Wirtschaft, sondern soziale Beziehungen. Von diesem idealistischen Vorgriff lassen sich Ableitungen auf die Organisation der Wirtschaft, die Organisation von Gesellschaft und Staat treffen. Das Neue an der Bürgergesellschaft, das über den Dualismus

Staat – Markt hinausführt, ist der Blick auf den sogenannten dritten Sektor, eben auf die sozialen Beziehungen. Wir brauchen alle drei Perspektiven: eine aktive Bürgergesellschaft, einen aktivierenden und sozial verantwortlichen Staat und eine Wirtschaft, die ihre Grenzen erkennt und gleichzeitig ein Gespür dafür entwickelt, daß eine wirtschaftlich erfolgreiche, aber sozial verwüstete Gesellschaft keine Zukunft hat.

Der 1943 geborene Politologe und Soziologe Warnfried Dettling war zunächst von 1973 bis 1983 Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU; von 1983 bis 1991 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Daneben übernahm er Lehraufträge an der Universität Regensburg und Zürich. Heute ist er freier Publizist.

HK: *Wie läßt sich dieses Konzept der Bürgergesellschaft in konkrete Sozialpolitik übersetzen? Welche Perspektive schafft sie für Sicherung und Erhalt des Sozialstaates?*

Dettling: Es gilt einmal zu überlegen, wie der Sozialstaat organisiert sein muß, damit für immer weniger Menschen der soziale Fahrstuhl nach unten durchschlagen kann. Das heißt, all jene, die Gefahr laufen, nicht gebraucht zu werden, wieder in die Gesellschaft integrieren zu können, etwa durch die Kombination von Niedrigeinkommen mit Sozialeinkommen. Menschen sollen etwas tun können, ohne wie in den USA als „working poor“ leben zu müssen. Auch muß geprüft werden – im Bundesarbeitsministerium geschieht dies bereits –, ob der Staat die Sozialversicherungsbeiträge für Niedrigeinkommen übernehmen kann, damit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer solche Arbeitsplätze attraktiver werden. Grundsätzlicher sollte auch darüber nachgedacht werden, ob es nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit nicht auch ethisch gerechtfertigt ist, daß von jenen, die vom Staat etwas bekommen, auch etwas zurückerwartet werden kann. Die sogenannten Kommunitarier in den USA fordern genau dieses, mit der Begründung, daß es moralisch keinesfalls gut ist, Menschen staatlicherseits mit Geld zu versorgen ohne ihnen zu signalisieren, daß die Gesellschaft sie braucht, auch noch etwas von ihnen erwartet. In Deutschland ist dies ein ziemlich heißes Thema, weil bei solchen Überlegungen sofort Zwangsarbeit im Dritten Reich assoziiert wird.

„Wir nehmen Abschied von den Lebenslügen der Ära Kohl“

HK: *Die Einschätzung, inwieweit Deutschland nötige Veränderungs- und Anpassungsprozesse schon vollzogen hat, fällt derzeit sehr unterschiedlich aus. Wie ausgeprägt sind die Beharrungskräfte, wie stark ist die Reformbereitschaft?*

Dettling: Wir stehen mitten im Umbruch. Auch wenn nach außen noch nicht soviel davon zu spüren ist, unter der Oberfläche findet er in jedem Fall statt. Die neunziger Jahre in Deutschland, die ja insgesamt keinen guten Ruf haben, waren doch Jahre des Übergangs. Die Forderung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, ein Ruck müsse durch die Gesellschaft gehen, war für sie gewissermaßen kennzeichnend.

HK: *Wo sehen Sie gegenwärtig solche Umbruchs- und Aufbruchssignale, wo etwa auch Anzeichen einer entstehenden Bürgergesellschaft?*

Dettling: Negativ läßt sich der Übergang als Abschied von den vier großen Lebenslügen der Ära Kohl beschreiben: Das war die Behauptung, die Renten sind sicher. Der frühere Bundesarbeitsminister Blüm hat eigenhändig diesen Spruch auf Litfaßsäulen plakatiert. Die zweite Lebenslüge hieß, wir können Arbeit für alle schaffen, wenn wir nur wollen. Kohl

wollte die Arbeitslosigkeit halbieren, und auch Schröder hat noch im Wahlkampf diese Reduzierung zum Erfolgskriterium seiner Politik erklärt. Die dritte große Selbsttäuschung war die gebetsmühlenartige Bekräftigung, die Familie sei das Fundament der Gesellschaft, und die vierte große Lebenslüge hieß, Deutschland ist kein Einwanderungsland. In all diesen Bereichen haben sich aber die Antennen öffentlicher Aufmerksamkeit neu ausgerichtet, läßt sich eine Annäherung an die Realität beobachten.

HK: *Die Debatten der letzten Wochen scheinen doch, unabhängig von inhaltlichen Auseinandersetzungen und Nachbesserungsbedarf an einzelnen Reformpaketen, eher zu zeigen: die Bewahrer des Status quo halten Arbeitsmarkt, Rente, Steuer oder auch das Gesundheitssystem fest umklammert. Und geben etwa die Auseinandersetzungen über den „Doppelpaß“ Anlaß zu Optimismus?*

Dettling: Sowohl Bundeskanzler Schröder als auch vorher schon der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Wolfgang Schäuble, in seinem Zukunftsprogramm, haben deutlich gemacht, daß Vollbeschäftigung nicht mehr als realistisches Ziel betrachtet werden kann. Viel bescheidener spricht man nun von einer sinnvollen Beschäftigung für alle. Zum Gemeingut ist geworden, daß man Sozial- und Bildungspolitik an unterbrochenen, an Patchworkbiographien orientieren muß. Die Diskussion um den Haushalt 2000 zeigt spürbar den Abschied vom staatlichen Versprechen der Sicherung und Garantie des Lebensstandards. Statt dessen wird überlegt, wie man private Alterssicherung unterstützen und fördern kann. Und bezüglich des Einwanderungslands: Natürlich ist es richtig, daß nicht jeder zu jeder Zeit kommen kann, aber die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zeigt ein anderes öffentliches Bewußtsein. Auf lange Zeit und aus guten Gründen werden wir hier in einer multiethnischen Gesellschaft leben. In puncto Familie hat nicht zuletzt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Regierung zu umfangreichen Transfers gezwungen und zwingt sie noch weiter, auch nachzudenken, ob es reicht, Geld für die Familie zur Verfügung zu stellen. Oder muß eine nachhaltige Familienpolitik nicht noch ganz andere Veränderung nach sich ziehen, im Arbeitsverständnis, in der Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau und so weiter? Wenn man die traditionellen Säulen sozialer Sicherheit betrachtet, kommt man nicht umhin festzustellen, daß hier vieles in Bewegung geraten ist.

Die jüngsten einschlägigen Veröffentlichungen von Warnfried Dettling: *Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle.* München 1998
Ders. (Hg.): *Die Zukunft neu denken. Neue Leitbilder für wissenschaftliches und gesellschaftliches Handeln.* Frankfurt/Main – New York 1996
Ders.: *Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft.* Gütersloh 1995.

HK: *Und trotzdem, das Renten- und Sparkonzept hat die SPD im Politbarometer erst einmal auf knapp 30 Prozent abstürzen lassen; die eigenen Ortsverbände und Gewerkschaften liefern Sturm...*

Dettling: Jeder, der solche notwendigen Schritte geht und Reformen einläutet, läuft Gefahr, kurzfristig erst einmal von den Wählern bestraft zu werden. Deshalb stellt sich die Frage, ob es nicht so etwas wie eine gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Verantwortung gibt, notwendige Reformen mitzutragen, ohne auf den kurzfristigen Vorteil, den kurzfristigen Wahlerfolg zu schauen. Wenn die CDU/CSU jetzt wirklich Unterschriftenaktionen gegen alles und jedes machen will und etwa Rentner demagogisch aufzuhetzen versucht, wäre dies das negative Gegenbeispiel. Natürlich will die CDU in diesem Jahr Landtagswahlen gewinnen, aber es wäre eine politisch obszöne Vorstellung, daß sie dann im Bundesrat Reformversuche der SPD in ähnlicher Weise blockiert, wie es die SPD mit der Steuerreform der Regierung Kohl getan hat. Dies wäre das schlechteste politische Zukunftsszenario, daß nämlich jede Opposition ihre politische Grenzmacht dazu ausnutzt, die anderen zu hindern, nötige Reformschritte zu gehen.

„Ein unverkrampftes Verhältnis zum Wettbewerb der Ideen“

HK: *Es ist doch höchst unwahrscheinlich, daß es dazu in absehbarer Zeit eine Alternative gibt...*

Dettling: In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts kam es zu dem, was der Soziologe *Norbert Elias* als eine besondere „Figuration“ beschrieben hat: eine Konstellation, in der Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf der einen Seite, Unternehmer und Arbeitgeberverbände auf der anderen sowie auch die Regierung sich so verhalten haben, daß ein neuer Konsens auf höherer Grundlage möglich wurde: Gewerkschaften und SPD haben sich jenseits ihrer Klassenlage, die Unternehmer jenseits ihrer kurzfristigen Interessenskalküle verhalten, und es gab preußische Beamte, die weitgehend das Gemeinwohl repräsentierten. Diese Figuration hat den ersten deutschen Sozialstaat, die Bismarcksche Sozialgesetzgebung möglich gemacht.

HK: *Ist in der gegenwärtigen politischen Kultur mit ihren vor allem von Lobbyisten und Interessengruppen bestimmten Ritualen Vergleichbares überhaupt denkbar?*

Dettling: Hier geht es um die Form von Demokratie, die solchen Problemen und Herausforderungen angemessen ist. Viele plädieren ja dafür, angesichts der gewaltigen Problemlage die Wettbewerbsdemokratie zu suspendieren. Daher rührt auch der Appell, für vier oder acht Jahre eine große Ko-

alition anzustreben und damit den Parteienwettbewerb auszusetzen. Jenseits solcher Vorstellungen müßte die CDU/CSU so vernünftig sein, daß sie versucht, mit und nach den von der Bundesregierung jetzt angekündigten Reformen wieder an die Regierung zu gelangen, nicht gegen diese. In Großbritannien folgte *Tony Blair* auf *Margaret Thatcher*. Wenn Schröder offenkundig jetzt die Rolle Thatcher spielen möchte, das heißt die ökonomische Sanierung, Stabilisierung und Konsolidierung der Haushalte zum obersten Ziel seiner Politik erklärt, kann doch die Rolle Blair schon einmal vorbereitet werden.

HK: *Wenn es um die Ursachen für Stillstand, Reformstau und politische Lähmungserscheinungen geht, wird gerade das Unverhältnis der Deutschen zur Wettbewerbsdemokratie beklagt. Die einen beschwören dann den Mut zu Wettbewerb und Konflikt, die anderen suchen das Heil im Konsens, in Bündnissen, Runden Tischen und großen Koalitionen. Fehlt es am Konsens oder am Konflikt?*

Dettling: Was in Deutschland sicher fehlt, ist ein unverkrampftes Verhältnis zu dem Wettbewerb von Ideen, zu abweichenden Meinungen, zum Konflikt von Ideen. Wenn beispielsweise derzeit in Tageszeitungen getitelt wird: Grüne streiten über ihre Politik, könnte doch genauso gesagt werden: Grüne debattieren über die Zukunft. In der deutschen Öffentlichkeit aber werden abweichende Meinungen und Thesen in Politik und Parteien immer gleich unter dem Aspekt des Streitens thematisiert. Vom Ringen um die bessere Lösung ist nie die Rede. Wir besitzen eben eine hohe Konsenskultur und ein problematisches Verhältnis zum gesellschaftlichen Konflikt. Insgesamt aber bin ich überzeugt, daß in Deutschland die anstehenden Leitbildwechsel im Konsens durchgezogen werden müssen. Wir haben hier nicht Voraussetzungen wie die USA oder Großbritannien. *Margaret Thatcher* konnte ein neues gesellschaftliches Leitbild exekutieren. Deutschland hat dagegen seinen Föderalismus, den Zwang zu Koalitionen, die Tradition des Korporatismus. Das ist lähmend und hinderlich auf der einen Seite. Wenn sich aber eine Idee durchsetzen konnte, etwa die Einsicht, daß es wie bisher nicht mehr weitergehen kann, bestehen große Chancen, neuerlich in eine Phase des Gleichgewichtes einzutreten.

HK: *Was heißt das für die konkrete Strategie der Parteien? Wie kann Politik diesen Leitbildwechsel in Deutschland vorbereiten und unterstützen?*

Dettling: Die Parteien stehen ganz einfach vor der Entscheidung, ob sie die großen Veränderungen und Herausforderungen offen beschreiben und damit vor die Wähler treten. Die CDU hat dies im Ansatz mit dem schon erwähnten Zukunftsprogramm von *Schäuble* noch vor der Bundestagswahl versucht. Viele haben dann die Schuld am Wahlverlust bei allzugroßer Ehrlichkeit und zu vehement vorgetragener Reformabsichten gesucht. Jetzt besteht Gefahr, daß der Erfolg im Ver-

zicht auf inhaltliche Diskussionen gesucht wird, und man über das Versagen der SPD wieder an die Regierung zu gelangen sucht. Auf dem Erfurter Parteitag nach der Bundestagswahl hat die CDU jede inhaltliche Debatte vermieden. Diese Linie fortzusetzen, wäre für sie aber außerordentlich verhängnisvoll.

HK: Der Bundeskanzler versucht seine Partei von oben zu verändern, auf „neue Mitte“ zu trimmen. Zumindest wurde das gemeinsam mit dem britischen Premierminister Anfang Juni veröffentlichte Papier so verstanden...

Detting: Schröder hat mit zwei Prämissen seinen Wahlkampf geführt: Erst einmal die Wahlen mit der alten Linken und der neuen Mitte gewinnen. Politik wurde im Wahlkampf daher suspendiert, die Wähler wurden für den Wahlkampf ruhiggestellt. Seine zweite Prämisse war die Überzeugung, daß er nach den gewonnenen Wahlen die SPD nur durch einen Putsch von oben reformieren kann, durch Landnahme von außen. Dafür steht das Blair/Schröder-Papier ebenso wie die Tatsache, daß der Aufbruch nicht in Programm oder Partei begonnen wurde, sondern mit einem etatistischen Akt bei der Vorlage des Haushaltes. Dahinter steht jedoch ein völlig anderes Leitbild. So wie die SPD 1959 mit ihrem Godesberger Programm von der Verstaatlichung der Wirtschaft Abschied genommen hat, so zielt Schröder jetzt auf die Entstaatlichung der Gesellschaft. Schröder will Abschied nehmen von der Vorstellung, daß der Staat immer und überall alle gesellschaftlichen, alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme und Fragen lösen kann.

HK: Werden die SPD und vor allem ihr Parteivorsitzender bei weiteren Wahlverlusten in diesem Jahr diese Richtung beibehalten können?

Detting: Die nächsten Monate werden in jedem Fall sehr spannend. Und es sind auch noch viele inhaltliche Fragen offen. Schröder hat keine Antenne für das, was jenseits von Staat und Wirtschaft liegt, eben für die Bürgergesellschaft. Anders als Blair sieht er nicht das „kommunitaristische Defizit“, fehlt ihm das Gespür für die Bedeutung sozialer Beziehungen jenseits von Markt und Staat.

HK: Dabei fand sich im Blair/Schröder-Papier mit seinem Appell an Leistung und Erfolg, Unternehmergeist und Eigenverantwortung vieles von dem, was sich auch in Papieren von CDU/CSU und FDP finden läßt und was zumindest auch der haushaltspolitische Sprecher der bündnisgrünen Fraktion gerne unterschreiben wollte...

Detting: Die Parteien werden sich in Zukunft nicht mehr durch klare ideologische und programmatische Alternativen unterscheiden. Unterscheiden werden sie sich zum einen in ihrer aktuellen Performance: Wem trauen die Wähler die bessere Lösung aktueller Probleme zu? Unterscheiden wer-

den sie sich aber zum anderen durch Personen. Wahlen werden in Zukunft Plebiszite über Personen sein und eine Abstimmung über diesen merkwürdigen Policy-Mix aus sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Dynamik und dem, wofür „Familienpolitik“ ja nur eine Chiffre ist, für die Frage nämlich, ob Parteien ein Gefühl für menschliche Gemeinschaften jenseits von Staat und Wirtschaft haben. Große ideologische Alternativen wird es im Grunde nicht mehr geben. Stellen Sie sich vor, CDU/CSU hätten dieses große Projekt Haushaltssanierung mit solchen Einschnitten in der Sozialpolitik begonnen und gleichzeitig auch noch das Land in den Kosovo-Krieg geführt – wir hätten in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände gehabt.

HK: In jedem Fall hat die Politik für die anstehenden Reformen und die Zurüstung Deutschlands für den internationalen Wettbewerb enorme Überzeugungsarbeit zu leisten. Kann sie guten Gewissens die weitverbreiteten Ängste und Sorgen zerstreuen?

Detting: Globalisierung, Digitalisierung und selbst die Individualisierung sind für mich mit keinem Schreckensszenario verbunden. In diesen Prozessen liegen große Chancen. Allerdings lassen sich diese nur realisieren, wenn die Politik in der Lage ist, die Herausforderungen in den Bereichen Soziales und Bildung kreativ anzunehmen. Daß dies auch wirklich gelingt, ist noch nicht ausgemacht. Von daher sind drei Szenarien denkbar: Erstens der langsame Niedergang, weil die Gesellschaft nicht zu Reformen in der Lage ist. Dann kommt es von einem hohen Niveau zu einem „muddling down“, einem Durchwursteln auf immer niedrigerem Niveau. Das zweite denkbare Szenario ist, daß wir wirtschaftlich sehr erfolgreich sind, aber sozialen Zusammenhalt und soziale Stabilität nicht mehr garantieren können und wollen. Die sozialen Konflikte würden aber auch den langfristigen ökonomischen Erfolg untergraben. Das dritte Szenario aber läßt sich mit der Figuration vor 100 Jahren vergleichen. Nämlich, daß die großen Gruppen der Gesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik ergänzt und vorangetrieben durch kulturelle Kräfte von den Kirchen bis zur öffentlichen Meinung für beides sorgen: für den wirtschaftlichen Erfolg im internationalen Wettbewerb und den sozialen Zusammenhalt jenseits von Angebot und Nachfrage.

HK: Wie realistisch ist mit diesem dritten Szenario zu rechnen?

Detting: Ich bin optimistisch. Der Erfolg der deutschen Gesellschaft in den letzten fünfzig Jahren war ein Erfolg als Wirtschafts- und Staatsgesellschaft. Vor fünfzig Jahren hätte kaum jemand geglaubt, daß wir heute über eine alles in allem stabile Demokratie verfügen, sich in Deutschland eine wirklich demokratische Kultur ausbilden wird. Von daher muß es auch möglich sein, daß sich die soziale Kultur hin zu einer mehr bürgerschaftlichen Kultur wandelt. In fünfzig Jahren werden die Deutschen vielleicht staunen darüber, was ihnen einst niemand zugetraut hatte: eine lebendige Bürgergesellschaft.